

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.01.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:04 Uhr bis 18:24 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), bis 18:03 Uhr
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
David Horn	Sachkundiger Einwohner
Lars Juister	Sachkundiger Einwohner
Hans-Jürgen Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Werner Misch	Sachkundiger Einwohner
Frigga Schlüter-Gerboth	Sachkundige Einwohnerin, bis 18:18 Uhr
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Martina Wildgrube	Referentin für Ordnung und Sicherheit
Kerstin Ruhl-Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Rita Lachky	Leiterin Fachbereich Einwohnerwesen
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
Manuela Hoßbach	Controllerin Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
Yvonne Merker	Protokollführerin

Gäste:

Christiane Bergmann	Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd, Polizeipräsidentin
Axel Günsch	Verkehrswacht Halle, designierter Vorsitzender
Christian Neuber	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

Entschuldigt fehlten:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Andreas Scholtyssek** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Scholtyssek informierte, dass die Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2016 vertagt werden muss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, so dass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 15.09.2016
- 3.2. *Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2016* *vertagt*
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE sowie der CDU/FDP-Fraktion zu Ehrengräber auf kommunalen Friedhöfen in Halle
Vorlage: VI/2016/02597
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Riebeckplatz - ordnungsrechtliche Betrachtung
- 7.2. Aktivitäten der Verkehrswacht Halle
- 7.3. Baumfällliste
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 15.09.2016

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 15.09.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es gab keine Beschlussvorlagen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE sowie der CDU/FDP-Fraktion zu Ehrengräber auf kommunalen Friedhöfen in Halle Vorlage: VI/2016/02597

Herr Dr. Fikentscher führte in den Antrag ein.

Herr Stäglin sagte, dass es grundsätzlich keinen Dissens gibt, dass Ehrengrabstätten sinnvoll sind. Allerdings stellt sich die Frage, wie man startet und wie sich die Zeitkette gestalten soll. Er wies auch darauf hin, dass der Antrag gestellt wurde, als der Haushalt 2017 beschlossen wurde. Aus der Idee heraus kann eine finanzielle Auswirkung erwachsen. Es wäre eine Überlegung, die Satzung bis September 2017 zu erlassen.

Auch die Kennzeichnung der Ehrengräber muss geklärt sein, informierte **Herr Stäglin** weiter. Ein Externer sollte diese auf einen Blick erkennen können. Nach Ansicht der Verwaltung sollte der Beschlusspunkt 3 herausgenommen werden und im Beschlusspunkt 4 wäre der Zeitraum Juni 2017 durch September 2017 zu ersetzen.

Herr Misch befürwortete eine schnelle Umsetzung, auch um eine lange Diskussion zu vermeiden. Haushalterisch sollte die Verwaltung in der Lage sein, flexibel zu handeln.

Frau Krischok unterstützte die Aussagen von Herrn Misch. Des Weiteren hatte sie die Hoffnung, die Thematik im Zusammenhang mit der Friedhofsentwicklungsplanung zu behandeln. Dem Vorschlag, die Satzung bis zum September 2017 vorzulegen, konnte **Frau Krischok** folgen. Sie wies aber darauf hin, dass die Satzung unbedingt vorher mit den Ausschussmitgliedern besprochen werden sollte.

Herr Aldag wollte wissen, ob die Thematik Ehrengrabstätten in die Friedhofssatzung integriert werden kann.

Herr Stäglich erklärte, dass zu dieser Thematik umfassende interne und rechtliche Absprachen von Nöten sind; die Zielsetzung September ist realistisch.

Zur Integration in die Friedhofssatzung sagte **Herr Stäglich**, dass diese nicht überfrachtet werden sollte. Eine eigenständige Satzung ist flexibler.

Herr Scholtyssek bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadt Halle führt über die bisherigen Grabarten hinaus „Ehregrabstätten für verdienstvolle einzelne Persönlichkeiten“ ein. Diese sollen ein ewiges Ruherecht haben, als solche gekennzeichnet sein, und einen schriftlichen Hinweis darauf erhalten, worin die besonderen Verdienste des /der Betreffenden bestehen.
2. Die Pflege dieser Grabstätten übernimmt die Stadt, sofern dies nicht durch Familien, Institutionen oder Grabpaten geschieht.
3. Begonnen werden soll im Frühjahr 2017 mit den auf kommunalen Friedhöfen noch vorhandenen Gräbern von Ehrenbürgern der Stadt Halle.
4. Die Stadt erlässt bis zum Juni 2017 eine vom Stadtrat zu bestätigende Satzung, in der die Zuerkennung einer Ehregrabstätte sowie alles Nähere dauerhaft und allgemeingültig geregelt ist. Anschließend soll entsprechend der Satzung weiter verfahren werden.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Riebeckplatz - ordnungsrechtliche Betrachtung

Herr Scholtyssek bat um Rederecht für Frau Polizeipräsidentin Christiane Bergmann. Dem stimmten die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Frau Bergmann informierte anhand einer Präsentation über die Betäubungskriminalität am Riebeckplatz.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Seit Herbst 2015 wird der Riebeckplatz videoüberwacht und die Polizei führt in einem großflächigen Bereich verdachtsunabhängige Personenkontrollen durch, teilte **Frau Bergmann** mit. Mindestens bis Ende 2017 sollen die Maßnahmen weiter durchgeführt werden.

Im Jahr 2016 wurden 5.696 Beamte eingesetzt, bei 1.982 Kontrollen wurde 563 mal Betäubungsmittel sichergestellt, daraus ergaben sich 43 Haftbefehle.

Crystal Meth ist das Hauptproblem in Halle; 104 kg konnten im Jahr 2016 sichergestellt werden. Der Verkaufswert bei dem Gewicht liegt bei ca. acht Millionen Euro.

Herr Bernstiel erkundigte sich, ob die Delikte in diesem Bereich durch die ergriffenen Überwachungsmaßnahmen zurückgegangen sind.

Frau Bergmann erläuterte, dass es selbst bei vielen Kontrollen immer wieder Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz geben wird. Es handelt sich dabei um ein gesellschaftliches Phänomen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Kontrollen auf und um den Riebeckplatz keinen Erfolg zeigen. Solange es einen Konsumwunsch nach Drogen gibt, besteht auch weiterhin das Problem.

Weiter fragte **Herr Bernstiel**, ob es sich um bestimmte Bevölkerungsgruppen handelt, welche laut Medien häufig kontrolliert werden. **Frau Jahn** erkundigte sich ebenso dazu.

Die Polizei betreibt kein „Racial-Profiling“, erklärte **Frau Bergmann**. Das heißt, es werden nicht speziell Personen auf Grund bestimmter Persönlichkeitsmerkmale kontrolliert, wie zum Beispiel dunkler Hautfarbe. Kontrolliert werden eher Menschen, die sich konspirativ verhalten.

Herr Teschner erklärte, dass die Stadt die Polizei bei ihren Kontrollen flankiert und aktiven Informationsaustausch betreibt; auch um zu vermeiden, dass Dealer durch die Anwesenheit der städtischen Streifen aufgeschreckt werden, während die Polizei verdeckt ermittelt.

Frau Krischok wollte wissen, ob eine Verdrängung der Drogenkriminalität erkennbar ist. **Frau Bergmann** erklärte, dass es diese Erkenntnisse immer dann gibt, wenn die Polizei offene Präsenz zeigt. Dann findet der Drogenhandel in anderen Bereichen statt und darauf stellen sie sich ein.

Zu den Haftbefehlen fragte **Herr Doege**, ob diese zu weiteren juristischen Konsequenzen geführt haben. Dies kann jetzt noch nicht beurteilt werden, sagte **Frau Bergmann**.

Frau Wildgrube wies auf den städtebaulichen Aspekt hin: Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) wird in der nächsten Zeit erheblich am Riebeckplatz investieren. Dies führe zu einer wichtigen Aufwertung des Areals.

zu 7.2 Aktivitäten der Verkehrswacht Halle

Herr Scholtyssek bat um Erteilung des Rederechts für Herrn Günsch, designerter Vorsitzender der Verkehrswacht. Dem stimmten die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Herr Günsch informierte über folgende Aktivitäten der Verkehrswacht Halle: Kindererziehung im Straßenverkehr, Fahrsicherheitstraining mit Fahrrädern, Durchführung des Verkehrssicherheitstages, Ausscheid der Schülerlotsen zusammen mit der DEKRA und der Saalesparkasse bis hin zum Landesausscheid, Aktion „Gelbe Füße“, Verteilen von roten Mützen zur besseren Sichtbarkeit von Kindern im Straßenverkehr, Durchführung einer Ampelaktion (Aufkleber rote und grüne Ampel).

Im Februar 2017 bringt der Verein seine hauseigene Zeitung heraus, diese dient als Medium für die allgemeine Darstellung der Verkehrswacht, informierte **Herr Günsch** weiter. Auch die Broschüre „Kinder im Straßenverkehr“ erfährt in diesem Jahr wieder eine neue Auflage.

Der Lichttest 2016 hat leider nicht in Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht stattgefunden, sagte **Herr Günsch**. Wünschenswert ist das Durchführen der Aktion in diesem Jahr mit der Verkehrsinnung und der Deutschen Verkehrswacht.

Frau Krischok wollte wissen, wie viele Mitglieder im Verein tätig sind und ob es Aktionen für Kindergartenkinder gibt.

Herr Günsch teilte mit, dass es ca. 40 ehrenamtliche Mitglieder gibt, 10 - 15 Prozent sind aktiv tätig. Sehr junge Kinder verkehrstechnisch zu erziehen, ist sehr schwierig; die frühkindliche Erziehung findet hauptsächlich im Elternhaus statt. Dennoch werden in Kindertagesstätten Moderatoren eingesetzt, um die Kinder über Gefahren und Verhalten im Straßenverkehr aufzuklären. Elternabende werden ebenfalls durchgeführt.

zu 7.3 Baumfällliste

Frau Schlüter-Gerboth fragte zur Ziffer 226 in der Baumfällliste, warum dort keine Auflagen möglich sind und, ob die Bäume ersetzt werden.

Auf Grund der Gefahrenabwehr sind keine Auflagen möglich, erklärte **Frau Ruhl-Herpertz**. Die zweite Frage wird schriftlich beantwortet.

Herr Stäglin bat um Einreichung von Fragen bis 12:00 Uhr des Sitzungstages, um diese im Ausschuss zu beantworten.

Herr Aldag wies darauf hin, dass es sich dabei um den Pestalozzipark handelt. Die Stadt sollte ein ureigenes Interesse daran haben, Bäume bei Wegfall zu ersetzen.

zu 7.4 Informationen zur Lärminderungsplanung

Herr Stäglin informierte, dass die Lärminderungsplanung zusammen mit dem Büro LK Argus in der nächsten Sitzung vorgestellt wird. Bei der Stufe 2 ist noch die Öffentlichkeitsbeteiligung offen, diese wird im Amtsblatt Februar bekannt gemacht. In diesem Jahr erfolgt auch die Lärmkartierung Stufe 3.

zu 7.5 Information zu einem Diebstahl

Ein zwei Jahre altes Multicar mit Wintertechnik wurde in der Nacht zum 12.01.2017 vom Gelände des Friedhofes Neustadt entwendet, informierte **Frau Ruhl-Herpertz**. Die Polizei war vor Ort; Anzeige ist erstattet.

zu 7.6 Informationen zu Solarmülleimern

Herr Scholtyssek bat um Erteilung des Rederechts für Herrn Neuber, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH. Dem stimmten die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Herr Neuber informierte anhand einer Präsentation über Solar-Mülleimer.

Diese Mülleimer, genannt Big Belly, kommen bereits in Deutschland vor. Im Bauch des Mülleimers befindet sich eine hydraulische Müllpresse, welche, angetrieben durch Solarenergie, den Abfall verdichtet. Daraus ergibt sich die höhere Kapazität des Behälters; man rechnet damit, dass ca. 7-mal so viel Müll aufgenommen werden kann als üblich.

Weiter teilte **Herr Neuber** mit, dass man den Mülleimer mit einer Stunde Sonnenlicht ca. einen Monat betreiben kann. Die Stadtwirtschaft wird per Signal informiert, sobald eine Entleerung notwendig ist.

Wie hoch die Reparaturkosten sind, kann man pauschal nicht sagen. Die Hygiene ist ebenfalls zu hinterfragen, da die Klappe manuell geöffnet werden muss.

Herr Scholtyssek erkundigte sich zu den Anschaffungskosten. Die Kosten belaufen sich auf ca. 5.000 Euro, ein normaler Mülleimer kostet ca. 450 Euro, sagte **Herr Neuber**.

Frau Krischok schlug vor, zu überlegen, den Einsatz der Mülleimer bei Großveranstaltungen zu ermöglichen.

Herr Koehn wollte wissen, wie oft die Behälter geleert werden müssen. Dies kann man pauschal nicht sagen, erklärte **Herr Neuber**. Seinen Schätzungen zufolge sei dies ca. einmal wöchentlich oder aller zwei Wochen erforderlich.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Frau Schlüter-Gerboth zum Silvesterlauf

Frau Schlüter-Gerboth teilte mit, dass laut Presse der Silvesterlauf im Naturschutzgebiet Brandberge stattfinden soll.

Es handelt sich dabei um kein Naturschutzgebiet, erklärte **Frau Ruhl-Herpertz**. Die Anfrage wird allerdings noch einmal schriftlich beantwortet.

zu 8.2 Anfrage Frau Krischok zu Verkaufsständen

Frau Krischok erinnerte an ihre Anfrage zu Standorten von Verkaufsständen mit Sondernutzung. Sie fragte, ob sie eine vollständige Antwort erhalten könnte.

Frau Wildgrube nahm die Anfrage auf.

zu 8.3 **Anfrage Herr Doege zur Abfallgebührensatzung**

Herr Doege erkundigte sich, warum die Vorlage zur Abfallgebührensatzung erst so spät in den Gremienlauf gegangen ist. Den Unterlagen des Landesrechnungshofes nach zu urteilen, sollte der Vorgang ab August 2016 bearbeitet worden sein.

Herr Stäglin nahm die Anfrage auf.

zu 8.4 **Anfrage Herr Aldag zum Wegebau Nordspitze Peißnitz**

Herr Aldag wollte wissen, ob nach der erfolgten Genehmigungsplanung zum Wegebau Nordspitze Peißnitz eine Mitteilung im Ausschuss erfolgen kann.

Herr Stäglin nahm den Auftrag an.

zu 8.5 **Anfrage Herr Aldag zur Aufstellung einer Toilette**

Herr Aldag fragte, was die saisonale Aufstellung der mobilen Toilette am Wasserspielplatz Heide-Süd ergeben hat.

Der Verwaltung sind keine negativen Erfahrungen bekannt, sagte **Herr Stäglin**.

zu 8.6 **Anfrage Herr Aldag zum Wintermarkt**

Herr Aldag kritisierte das Angebot von Verkaufsständen und Fahrgeschäften auf dem Wintermarkt.

Frau Wildgrube nahm die Hinweise auf.

zu 9 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen. **Herr Scholtyssek** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Andreas Scholtyssek
Ausschussvorsitzender

Yvonne Merker
Protokollführerin